

Grosser Gemeinderat, Vorlage

Interpellation Julia Küng und Delia Meier, beide ALG, vom 20. Februar 2023 betreffend "russische Firmen sowie deren Steuergelder und zur Hilfe für die Ukraine"

Antwort des Stadtrats Nr. 2803 vom 28. März 2023

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 20. Februar 2023 haben Julia Küng und Delia Meier, beide ALG, die Interpellation «Russische Firmen sowie deren Steuergelder und zur Hilfe für die Ukraine» eingereicht. Sie stellen darin dem Stadtrat eine Reihe von Fragen. Wortlaut und Begründung des Vorstosses sind aus dem vollständigen Interpellationstext im Anhang ersichtlich.

Frage 1

Sind die Unternehmen, von denen der Stadtrat erwartete, „sich vom Überfall Russlands auf die Ukraine zu distanzieren“, diesem Anliegen nachgekommen? Hat der Stadtrat in jenen Fällen, in denen es nicht geschah, konkret nachgehakt? Hat er insbesondere mit NordStream, Gazprom und Sber Trading diesbezüglich Kontakt aufgenommen?

Antwort

Bei der in der Interpellation erwähnten Erklärung vom 6. März 2022 handelt es sich um eine grundsätzliche Stellungnahme des Stadtrates. In seinen Ausführungen verurteilte der Stadtrat den Einmarsch Russlands in die Ukraine und gab seiner Betroffenheit über den Krieg Ausdruck. In allgemeiner Form gab er im Sinne eines Appells seiner Erwartung Ausdruck, dass sich Unternehmen, welche dem russischen Staat nahestehen, vom Überfall Russlands auf die Ukraine distanzieren und nach Möglichkeit ihren Einfluss für eine friedliche Lösung geltend machen würden. Konkret ging der Stadtrat jedoch nicht auf einzelne Unternehmen zu.

Es liegt weder im Verantwortungs- noch Zuständigkeitsbereich des Stadtrats, sich in unternehmerische Entscheide einzubringen. Nach dem Grundsatz der Subsidiarität liegt es, gemäss in der Verfassung geregelten Kompetenzen, ausdrücklich am Bund tätig zu werden.

Frage 2

Sind dem Stadtrat Unternehmen bekannt, die, wie er am 6. März 2022 forderte, „ihren Einfluss für eine friedliche Lösung geltend“ machten?

Antwort

Der Stadtrat verfügt über keine Informationen, wie Unternehmen ihren Einfluss auf eine friedliche Lösung des Konfliktes geltend machten.

Frage 3

Wie hat der Stadtrat sonst noch der „unglaublichen Betroffenheit über diesen Angriffskrieg Ausdruck verliehen“, wie es Alt-Stadtpräsident Karl Kobelt gegenüber der NZZ am Sonntag (12. Juni 2022) versprochen hat?

Antwort

Wie bereits bei Frage 1 erwähnt, gab der Stadtrat am 6. März 2022 eine Erklärung zum Krieg in der Ukraine ab und äusserte darin seine grosse Betroffenheit über den Krieg in der Ukraine und seine Folgen. Zudem agierte der Stadtrat schnell mit monetärer Hilfe und beantragte bereits am 15. März 2022 dem Grossen Gemeinderat von Zug über vier anerkannte Hilfswerke CHF 400'000.00 als einmaliger Beitrag zur Nothilfe an die Ukraine zu leisten. Der GGR erhöhte diesen Beitrag an seiner Sitzung vom 12. April 2022 auf CHF 500'000.00. Dies waren folgende Beiträge:

Tabelle 1: Einmalige Beiträge zur Nothilfe an die Ukraine

Bezeichnung	Betrag
Schweizerisches Rotes Kreuz	125'000.00
Caritas Schweiz	125'000.00
Glückskette	125'000.00
HEKS	125'000.00
Total	500'000.00

Quelle: Finanzdepartement

Zudem setzte die Stadt Zug am 25. März 2022 eine Task Force Ukraine mit folgenden Mitgliedern aus allen Departementen ein:

- a) Departement Soziales, Umwelt und Sicherheit; Departementssekretär
- b) Präsidialdepartement; Stadtschreiber
- c) Finanzdepartement; Leiter Immobilien
- d) Bildungsdepartement; Departementssekretär
- e) Baudepartement; Leiter Tiefbau
- f) Departement Soziales, Umwelt und Sicherheit; Leiterin Soziale Dienste

Die Task Force Ukraine nimmt sich folgenden Themen an:

- a) Koordination zwischen Kanton Zug und Gemeinden
- b) Koordination der Aktivitäten und Aufträge innerhalb der Stadtverwaltung
- c) Unterstützung der Departemente
- d) Unterstützung Kanton Zug bei der Bereitstellung von Unterkünften
- e) Unterstützung Kanton Zug bei den Betreuungsaufgaben
- f) Einschulung der Kinder (Kindergarten, Primarschule und Oberstufe; im Juni 2022 waren dies 31 Schülerinnen und Schüler in der Stadt Zug
- g) Koordination und Vermittlung von Freiwilligenhilfe
- h) Unterstützung von Gastfamilien, (im Juni 2022 wurden 195 Privatunterbringungen registriert)
- i) Information der GPK über die laufenden Aktivitäten

Der Einsatz einer Task Force hat sich insbesondere aufgrund des anfänglich erheblichen Koordinationsbedarfs mit verschiedenen internen und externen Stellen bewährt.

Im Zusammenhang mit der Solidarität mit der Ukraine bewilligte der Stadtrat innert kürzester Zeit die Mahnwache vom Donnerstag, 10. März 2022 auf dem Postplatz Zug und beleuchtete das Stadthaus in den ukrainischen Farben.

Frage 4

Ist der Stadtrat bereit, die Steuereinnahmen von Firmen und Personen mit Bezug zum russischen Staat für die humanitäre und die Wiederaufbau-Hilfe in der Ukraine einzusetzen?

Antwort

Die Fiskalerträge von Unternehmen und natürlichen Personen werden auf der Grundlage des Steuergesetzes durch den Bund, Kanton, Gemeinden sowie Kirchgemeinden ordentlich besteuert und nach dem Bruttoprinzip verbucht. Sie können nicht zweckgebunden eingesetzt werden. Finanzielle Mittel, welche in Form von Hilfeleistungen eingesetzt werden, haben sich auf prinzipielle und rechtsstaatliche Überlegungen abzustützen. Diese beruhen auf der Grundlage der Solidarität.

Zu erinnern daran ist auch, dass es – sofern sich Unternehmen nicht auf einer Sanktionsliste befinden – kaum abgrenzbar ist, bei welchen Firmen ein Bezug zum russischen Staat besteht und bei welchen nicht, obwohl dies die Medien teils anders postulieren. Grundsätzlich handelt es sich bei den in Zug ansässigen Firmen um Firmen nach Schweizer Recht, welche der hiesigen Gesetzeslage und Rechtsprechung unterstellt sind.

Frage 5

Ist er grundsätzlich bereit, die finanzielle Hilfe für die Ukraine fortzusetzen und auszuweiten?

Antwort

Der Stadtrat informierte bereits, dass er nach Beendigung der kriegerischen Handlungen sich einer Patenstadt in der Ukraine annehme und diese beim Wiederaufbau befristet unterstützen möchte.

Frage 6

Ist er bereit für den Fall einer weiteren Eskalation zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen?

Antwort

Die Verteilung von Flüchtlingen unterliegt dem Bund und dem Kanton Zug. Die Stadt Zug stellt bereits heute entsprechende Infrastruktur zur Verfügung. Ab Sommer wird zudem die Asylunterkunft auf der Lorzenallmend bezugsbereit sein. Sie wird 400 Personen Platz bieten.

Die Situation rund um die Ukraine-Krise stellt den Kanton Zug und die Zuger Gemeinden in seinen asylrechtlichen Aufgaben vor grosse Herausforderungen. Die geflüchteten Personen aus der Ukraine werden auf alle elf Einwohnergemeinden im Kanton Zug verteilt. Dabei stehen kantonale und gemeindliche Unterkünfte zur Verfügung. Aber auch Gastfamilien nehmen Schutzbedürftige auf und leerstehende Wohnungen werden zusätzlich für die Flüchtlinge bereitgestellt. Für diese Unterstützung bedankt sich der Stadtrat.

Die Stadtschulen Zug haben für die Beschulung für ukrainische Kinder eigene Klassen geschaffen. Nach einer ersten Phase in einer DaZ-Klasse (Deutsch als Zweisprache) werden diese integriert in den Regelklassen unterrichtet. Aktuell werden zwei eigene DaZ-Klassen für 16 ukrainische Schülerinnen und Schüler geführt. 27 Schülerinnen und Schüler sind bereits integriert. Die Integration dieser Schülerinnen und Schüler ist aufgrund von Personal und knappem Schulraum eine grosse Herausforderung. Für die Koordination und Organisation dieser Flüchtlinge leistet die Stadt Zug einen besonders grossen Effort, um eine möglichst gute Einschulung und Integration zu gewährleisten.

Frage 7

Welche standortpolitischen Folgerungen zieht der Stadtrat aus den Tatsachen, dass sich in den letzten 20 Jahren zahlreiche russische, aufgrund der dortigen Verhältnisse meist staatsnahe Firmen, in Zug niedergelassen haben und dass damit aus unserer Stadt viele Gelder in Putins Kriegskasse geflossen sind?

Antwort

Der Stadtrat wehrt sich gegen eine Polemisierung, welche alle Unternehmen, welche mit Russland in Zusammenhang stehen, als negativ beurteilt. So erinnerte er bereits in seiner Stellungnahme vom 6. März 2022 daran, dass in der Stadt Zug Menschen aus über 125 Nationen friedlich zusammenleben und wandte sich sowohl an die Russinnen und Russen, als auch an die Ukrainerinnen und Ukrainer und ermahnte diese zur Einvernehmlichkeit. An einer offenen Willkommenskultur möchte der Stadtrat sowohl gegenüber Unternehmen als auch gegenüber Privatpersonen weiterhin festhalten. Der Stadtrat verurteilt hingegen illegale Machenschaften von Unternehmen.

Frage 8

Braucht die Stadt Zug in den Worten eines Zuger Mitte-Politikers (Zuger Zeitung, 6. April 2022)? eine „neue DNA“?

Antwort

Im Rahmen der Stadtidee haben sich der Stadtrat und eingeladene Kreise mit der «DNA» der Stadt Zug befasst. Es entspricht dem Wesen einer «DNA», dass sie sich nicht beliebig ändern lässt. Vielmehr ergeben sich aus einem geschichtlichen Hintergrund und Entwicklungen der Vergangenheit Hinweise, wie sich die Zukunft gestalten könnte. Im Rahmen der übergeordneten Entwicklungsstrategie hat sich der Stadtrat vertieft mit Fragen auseinandergesetzt, wohin die Reise gehen soll. So hat er sich für künftige Entscheide beispielsweise zu den sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen bekannt. Auch im Rahmen der Erarbeitung der neuen Legislaturziele wird sich der Stadtrat wieder mit der Weiterentwicklung der Stadt Zug befassen.

Antrag

Wir beantragen Ihnen,
– die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis zu nehmen.

Zug, 28. März 2023

André Wicki
Stadtpräsident

Martin Würmli
Stadtschreiber

5/5

Beilage

– Vorstoss vom 20. Februar 2023

Die Vorlage wurde vom Finanzdepartement verfasst. Weitere Auskünfte erteilt Ihnen gerne Stadtrat Urs Raschle, Departementsvorsteher, Tel. 058 728 92 01.